

## **Das „30-ha-Ziel“: Was bedeuten langfristige Nachhaltigkeitsziele?**

Dr. Günther Bachmann  
Generalsekretär, Rat für Nachhaltige Entwicklung

Rede zur Konferenz des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen  
**„20 Jahre Altlastensanierung in NRW und Verleihung des NRW-Bodenschutzpreises 2009“**  
am 26.11.2009 im S-Forum in Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Schink, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Dr. Rudolph, meine Damen und Herren, sehr geehrte Preisträger!

### **Zweifel ist produktiv**

Wer nach der Bedeutung langfristiger Nachhaltigkeitsziele fragt, zweifelt. Das ist verständlich, denn derartig weit gesteckte Ziele umweht immer ein Hauch von Vergeblichkeit. Haben wir nicht schon seit den 70er Jahren immer wieder vom Flächensparen geredet, ohne Erfolg? Es wird nicht in Frage gestellt, dass es im Grundsatz natürlich sinnvoll ist, mit Flächen sparsam umzugehen. Aber die ambitionierte, langfristige Zielstellung wird, wenn schon nicht öffentlich, dann aber mindestens privat, eher mit der Aufgabe von Sisyphus verglichen, der von den Göttern verdammt wurde, einen Felsblock den Berg hochzuwälzen, und das jeden Tag aufs Neue zu wiederholen.

Der Politik traut man ein entscheidendes Vorgehen gegen die zunehmende Inanspruchnahme von Flächen nicht zu. Und schlimmer noch ist der umgekehrte Vorbehalt: Die Politik hat kein Vertrauen, dass ernste politische Versuche am Ende auch wirklich eine tatkräftige und anhaltende Unterstützung durch diejenigen finden, die solche langfristigen Ziele fordern. - Manche fühlen sich durch solche Ziele verunsichert. Es sei nicht richtig, Politiker dazu zu verleiten, sich für Ziele einzusetzen, die sie in ihrer politischen Karriere nicht erreichen können. Das sei eine Falle. Man sagt: Was man nicht erreichen kann, soll man nicht fordern. Wer das tue, betreibe das Geschäft der Opposition.

Andererseits wissen wir, dass langfristige Veränderungen stattfinden. Und wir sind mitten drin. Wo es aber einen Stillstand ohnehin nicht gibt, ist ein Nachhaltigkeitsziel – und sei es auch auf den ersten Blick kaum realisierbar – das Lebenszeichen der Demokratie. Es signalisiert Gestaltungswillen. Es macht den Zweifel produktiv. Es bekämpft den Zweifel nicht, sondern macht ihn zur nützlichen Ressource für die Erneuerung im Denken, die für eine nachhaltige Entwicklung nötig ist. Mit den langfristigen Veränderungen meine ich insbesondere die folgenden:

- Die demographische Entwicklung in Deutschland wird uns innerhalb der Zeitspanne von ein bis zwei Generationen eine zahlenmäßig geringere, aber deutlich ältere Gesellschaft bringen. Das können wir uns gar nicht aussuchen. Wählen können wir jedoch, wie dieser Wandel gestaltet werden soll.

- In unserer Gesellschaft gibt es eine – richtige - Grundüberzeugung, dass wir die Emission von Klimagasen, und allen voran von Kohlendioxid, sehr einschneidend minimieren müssen. Selbst im Rahmen der G8/G20 – Verhandlungen Mitte des Jahres hat man dies vereinbart. Am Vorabend der Klimaverhandlungen in Kopenhagen scheint es einen breiten Konsens zu geben, dass eine klimaneutrale Gesellschaft anzustreben ist.
- Die fiskalische Generationenschuld, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise angehäuft worden ist, wird auf Jahre hinaus die Handlungsbedingungen der Demokratie wesentlich beeinflussen.
- Es sei – gerade in Ihrem Kreis – auch gestattet, an den Beginn der Altlasten-Politik zu erinnern. Ich kann mich als damaliger Mitarbeiter von Herrn Dr. Franzius, den ich begrüße, noch gut erinnern, wie wir vor rund 25 Jahren damit beschäftigt waren, die Gesamtanzahl von mutmaßlichen Altlasten zu ermitteln und wie wir die Kosten in mehrstelligen Milliarden DM schätzten. Angesichts der aus damaliger Sicht schier unvorstellbaren Kosten meinten manche, dass das Ziel einer Sicherung und Sanierung wohl illusionär wäre. Das ist heute überholt.

Die Frage ist nicht so sehr nach dem „Ob“ eines langfristigen Nachhaltigkeitszieles, sondern vielmehr nach dem „Wie“. Wie stellen wir uns vor, dass langfristige Nachhaltigkeitsziele realisiert werden? Stellen wir uns den etatistischen Weg vor, in dem ein starker Staat alles „durchregiert“? Hoffen wir auf die unsichtbare Hand des Marktes, dessen stille Macht man nur gewähren lassen muss? Oder ist es nicht eine Erfahrung aus unserer eigenen Geschichte, die uns eine andere Option nahelegt, die auf Demokratie, Meinungsbildung von unten und Teilhabe an Wirtschaft beruht? Wie wäre es mit der Vorstellung einer kulturellen Veränderung, durch die den Menschen im Jahr 2050 vergessen haben werden, dass es jemals anders war und dass vor vierzig Jahren um so etwas wie übermäßige Flächeninanspruchnahme gestritten worden ist? So wie wir heute unseren ungläubigen Kindern erzählen, dass wir in Familien aufgewachsen sind, wo es Butter nur am Sonntag gab und Orangen Jaffa hießen, und dass unsere Eltern noch Lebensmittelkarten kannten.

### **Diskurs und Ziel-30-ha**

Das Ziel-30-ha erfordert langfristig-beherrliche Befassung, es erfordert geduldige Veränderung und es erfordert die Fantasie, in langen Zyklen zu denken. Solange wir uns selbst auf das Immerschneller-Bequeme und auf das Kurzfristig-Überschaubare einlassen und reduzieren, sind wir Teil des Problems. Fastfood für Fantasien – das geht nicht. Aber Fantasie braucht jeder Mensch. Und ganz sicherlich braucht es Fantasie, sich Wege in ein zukunftsfähiges Miteinander von Stadt und Land auszudenken.

Dass heute noch keiner so ganz genau weiß wie eine so drastisch verringerte Flächeninanspruchnahme gehen soll, spricht nicht gegen das Ziel. Keiner weiß auch heute exakt wie wir die Emission von CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre verhindern. Und das Ziel der Klimaneutralität ist dennoch sehr weitgehend anerkannt. Wenn wir eine annähernd klimaneutrale Energieversorgung schaffen, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass wir immer weiter fortfahren, wie bisher die grüne Wiese zu bebauen.

Der Nachhaltigkeitsrat hat das Ziel-30-ha empfohlen, weil damit eine Vorstellung von gesellschaftlichem Diskurs verbunden ist, nicht von Durchregieren. Gesellschaftliche Diskurse entstehen manchmal durch eine steile These, der eine empörte Reaktion folgt und

die eine Diskussion in den Feuilletons anheizt. Auf den hohen Erregungsgrad folgt meist sehr schnell ein tiefes Schweigen und die Sache ist vorbei, meist völlig frei von Folgen.

Erfolgreiche Diskurse sind mehr als Reden. Sie entstehen durch eingreifende Veränderung, beharrliche Debatte vor Ort, die ständige Zufuhr von wissenschaftlichen und technischen Impulsen und die Bildung einer Marke. So entstehen Neugier und Herausforderung, Spannung und Erfahrung.

Das Ziel-30-ha ist keine Quantifizierung zum Selbstzweck. Es will Maßstab für den Trend sein. Es will Gegenstand der Meinungsbildung sein und als Fokus einer Diskussion wirken, die thematisch durchaus weiter geht und die nach der Stadt der Zukunft fragt und nachhaltige Stadtentwicklung thematisiert.

Deshalb ist es gut, dass das Forschungsprogramm „Refina“ zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und zum nachhaltigen Flächenmanagement erfolgreich läuft. Gut sind auch Forschungsansätze wie derjenige unter dem Stichwort „Fläche im Kreis“. Gut sind auch die vielen weiteren Aktivitäten auf Seiten der Länder und der Kommunen. Und sehr wichtig ist der zurzeit laufende Arbeitsprozess der Staatskanzleien der Länder, der zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Gang gebracht worden ist. Diese Ansätze gilt es zu bekräftigen und zu bestärken.

### **Messen wir überhaupt, was wir managen wollen?**

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir bitte ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag der neu gebildeten Bundesregierung: Zum Thema Flächeninanspruchnahme wird ausgeführt:

*„Die Wiederverwendung bereits genutzter Flächen und die Verdichtung im Innenbereich müssen Vorrang vor Flächenneuverbrauch bzw. vor Entwicklung im Außenbereich haben. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Instrumente zur Gestaltung der Innenentwicklung erarbeiten. Brachflächenkataster, Managementpläne, ein zonierte Satzungsrecht der Kommunen und finanzielle Anreizinstrumente wollen wir weiterentwickeln. Wir beabsichtigen, einen Modellversuch zu initiieren, in dem Kommunen auf freiwilliger Basis ein überregionales Handelssystem für die Flächennutzung erproben. (...) Ungenutzte innerstädtische Grundstücke des Bundes und bundeseigener Unternehmen müssen schneller einer Umnutzung bzw. Veräußerung zugeführt werden. (...) Durch die Stärkung der Innenentwicklung wird auch die Inanspruchnahme neuer Flächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke reduziert. Um in diesem Zusammenhang Zielkonflikte zu vermeiden, werden wir im Rahmen der anstehenden Überprüfung der Indikatoren auch das Flächenanspruchnahmeziel im Sinne größtmöglicher ökologischer Wirksamkeit neu definieren. Es soll sich stärker an der tatsächlichen Zerschneidung oder Versiegelung von Lebensräumen orientieren.“*

Der Koalitionsvertrag nimmt sich unseres Themas also sehr intensiv an. Das ist eine gute Basis, um in den nächsten Jahren voran zu kommen. Die kommende Auswertung der Refina-Forschungsprojekte trifft also auf guten Grund. Zugleich kann er als ein Appell an die Forschung und Entwicklung verstanden werden, das Wissensmanagement zur Flächeninanspruchnahme zu intensivieren und neue Praxiselemente auszuprobieren.

Der Koalitionsvertrag spricht auch die Flächenstatistik kritisch an. In seiner politischen Empfehlung „Mehr Wert für die Fläche: das Ziel-30-ha“, mit der der Nachhaltigkeitsrat die Diskussion um die Flächeninanspruchnahme neu antrieb und die das Flächenziel auf die Tagesordnung setzte, haben wir dieses Thema umfangreich dargelegt. Darauf sei hier verwiesen. Zusammengefasst: Die Flächenstatistik misst nur die Planungsgrößen (der Flächen), nicht die reale Nutzung. Wir messen also nicht direkt, was wir managen wollen. Dennoch ist die Statistik ein geeigneter Vergleichsmaßstab, der zudem in der gesamten Bundesrepublik funktioniert. Aber in Zukunft sollte man differenzierter vorgehen. Denn das Problem ist, dass wir Erfolge des Flächenrecyclings und der Altlastensanierung nicht statistisch abbilden können. Renaturierte Industrieflächen bleiben in aller Regel als Siedlungsflächen in der Flächenstatistik.

Wir müssen die Erfolge des Flächenrecyclings und eines modernen Flächenmanagements besser sichtbar machen - auch und ganz besonders in der statistischen Bilanz zum Flächen-Ziel.

Der Koalitionsvertrag spricht sehr abwägend auch ein Handelssystem für die Flächeninanspruchnahme an. Er nimmt den Faden auf, der in der Wissenschaft schon seit langem gelegt ist. Ich verstehe das so, dass es um eine Optimierung des Systems der räumlichen Planung geht und nicht um eine grundsätzliche Systemwende vom Planungsrecht hin zur Ökonomisierung der kommunalen Planungshoheit. Angestrebt wird die Erweiterung des kommunalen Handlungsrahmens.

### **Kooperation als Modell**

Die Bundeskanzlerin hat kürzlich einen Peer Review zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik aus der Hand von Herrn Stigson entgegengenommen und eine intensive Prüfung zugesagt. Herr Stigson war gebeten, eine Bewertung der Schwächen und Stärken der deutschen Nachhaltigkeitspolitik vorzunehmen. Er und seine Ko-Autoren haben es sehr klar angesprochen: Deutschland hat eine große Zukunftschance. Man traut uns zu, Systemlösungen für Nachhaltiges Wirtschaften für eine Welt jenseits der Klimakrise zu entwickeln. Es geht um green engineering in all seinen Facetten, wobei Effizienzstrategien eine zentrale Rolle spielen. Aber – so seine kritische Analyse – wir müssten unser Silodenken überwinden und endlich Partnerschaften zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik aufbauen. Und wir müssen die Vorreiter-Erfahrungen in die Breite tragen. Der Peer Review schlägt vor, ein Grand Design 2050 zum Gegenstand der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu machen und er schlägt tiefgehende institutionelle Reformen vor.

Ich kann Ihnen die Lektüre des Peer Reviews unter dem Titel „Sustainability – made in Germany“ nur empfehlen<sup>1</sup>. Seine Empfehlungen wenden sich nicht nur an die Regierung, sondern in besonderer Weise auch an die Wirtschaft. Eine neue Art von Kooperation entlang von Roadmaps wird empfohlen. Aus meiner Sicht ist der Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband Nordrhein-Westfalen, AAV, eine der wenigen bereits erfolgreich laufenden Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft. Der AAV ist ein Modell für weitere Kooperationen.

---

<sup>1</sup> [http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE\\_Peer\\_Review\\_Report\\_November\\_2009\\_03.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE_Peer_Review_Report_November_2009_03.pdf)

## 10 Jahre Bodenschutzgesetz

Zehn Jahre sind für Gesetze kein Alter, das zum Feiern berechtigt, wohl aber zur Bilanz dessen, was man erreichen wollte und erreicht hat. Es ist durchaus an der Zeit, die Ansätze zum rechtlichen Schutz des Bodens zu überdenken und dort, wo dies auf Grund der Sachlage nötig ist, zu verändern. Die Regelungen zur Gefahrenabwehr aus Kontaminationen, die wir – und ich darf an dieser Stelle die nordrhein-westfälischen Kollegen Bertges, Dr. Delschen und Prof. Dr. König nennen, die ich hier sitzen sehe – mit dem Bundesbodenschutzgesetz geschaffen haben, können sich wirklich sehen lassen. Sie haben Bestand, weil sie klare Maßstäbe setzen und die Abwehr von Gefahren für den Menschen und die Umwelt nachvollziehbar konkretisieren. Das Bodenschutzgesetz ist modern, schlank und liberal.

Aber ein Gesetz zur Nachhaltigkeit ist es nicht. Dazu fehlt es an Gestaltungswillen: hinsichtlich der landwirtschaftlichen Bodennutzung, der Vorsorge, und der Flächennutzung. Aus meiner Sicht ist eine neue Etappe des Bodenschutzes nötig – und auch möglich, denn

- die Praxis der nachhaltigen Landwirtschaft ist insbesondere im Hinblick auf die Bodenbearbeitung voran gekommen;
- das Klima-Thema wirft drängende Fragen zur Rolle der Böden als Kohlenstoffspeicher und –quelle auf; Böden werden oft als CO<sub>2</sub>-Senke in Anspruch genommen, obwohl eine fachlich verbindliche Vorgabe zur Bilanzierung von Senken und (!) Quellen gar nicht gibt.
- die Instrumente zum Flächenmanagement sind anhand von Praxisbeispielen und Experimenten vorangekommen und brauchen die Vorgabe von Rahmenbedingungen.

Vor allem eines muss uns nachdenklich machen. Wir unterschätzen die Wirkungen der Flächeninanspruchnahme. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2008 um insgesamt 3,3% oder 1 516 Quadratkilometer zugenommen. Die Landwirtschaftsfläche nahm dagegen um 0,9% oder 1 679 Quadratkilometer ab. Das heißt, dass wir auf mehr landwirtschaftliche Fläche verzichten als uns ohnehin durch Siedlung und Verkehr verloren gehen. Das halte ich für leichtfertig. Die Welternährungslage ist fragil, wenn nicht bedrohlich. Deutschland kann sich nicht international als Vorreiter in Sachen erneuerbare Energien feiern lassen, wenn zu gleicher Zeit die Chance für eine – mindestens potenzielle – nachhaltige Nutzung der Bodenfläche unter Wert bleibt.

Es ist daher gut, dass wir seit einiger Zeit vermehrt darüber nachdenken, dass Böden auch in besonderer Weise schutzwürdig sind, als Biotope und Landschaftsausschnitte. Ich fände es richtig, hier einen Schutzgegenstand sui generis als Vorranggebiet für Landwirtschaft zu entwickeln. Hier muss aus Konzepten Handeln werden.

Das Ziel-30-ha gibt uns die Möglichkeiten zum breiten Dialog und es lehrt uns, die Utopie schätzen zu lernen.

Als ich zu Beginn über den Sinn langfristiger Nachhaltigkeitsziele sprach habe ich das Bild des Sisyphus. Abschließen will ich mit Albert Camus, der eine eigene Geschichte des Sisyphus schrieb. Das Besondere: Sein Sisyphus lächelt. Immer wenn er den Berg heruntergeht, um den davon gerollten Felsblock erneut zu greifen, lächelt er. Man müsse sich

ihn als einen glücklichen Menschen vorstellen, so sagt Albert Camus. Vielleicht, weil er die Gewissheit hat, mit seinem Tun, auch wenn es im Augenblick vergeblich wirkt, tatsächlich aber noch ganz andere Steine ins Rollen zu bringen?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.